

Trügerisches Tauwetter

Nach sechs Jahren tagt das Minsk Forum wieder

Von Friedrich Schmidt

MINSK, im November

Im Ukraine-Krieg ist Weißrussland auf die internationale Bühne zurückgekehrt. Die Sanktionen der EU sind im Frühjahr weitgehend weggefallen, im Minsker Verhandlungsreigen wird Dauerherrscher Alexander Lukaschenka vom Paria zum Partner. Ins Bild passt, dass nun das Minsk Forum wieder tagte, eine Konferenz der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft. Man traf sich schon zum vierzehnten Mal – aber nach einer Pause von sechs Jahren, die Lukaschenkas Repressionswelle gegen Oppositionelle im Umfeld der gefälschten Präsidentenwahl 2010 herausgefordert hatte.

Teilnehmer früherer Foren meinten, es sei einst lebhafter gewesen, was nicht nur als Folge individueller Alterung erschien: Fast alle Redner sprachen von „unruhigen Zeiten“, mit Weißrussland als „Stabilitätspol“ der Region. „Minsk“ sei „Synonym für europäische Diplomatie“ schlechthin geworden, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann. Ein Vertreter des weißrussischen Außenministeriums sagte, die Ukraine-Krise zeige, wie verwundbar die „gemeinsame Sicherheitsarchitektur“ sei. Das Minsker Regime ist mit Russland verbündet und hängt vom großen Nachbarn ab, kultiviert aber einen „europäischen Vektor“. Vom neuen Botschafter des Landes in Berlin kam die Botschaft, man wolle ein positives Beispiel sein für ein Land, das „nah“ an Russland sei, aber „pragmatische, normale“ Beziehungen mit der EU pflege.

Doch bisher hat das „Tauwetter“ gen Westen, das letztlich dessen neue Offenheit für ein kaum verändertes Regime ist, nur politischen, kaum finanziellen Ertrag gebracht. Ein EU-Vertreter sprach von mehr Unterstützung für Weißrussland. Die Europäische Investitionsbank könne nun mehr als zuvor im Land tätig werden, man wolle beim Beitritt zur Welthandelsorganisation helfen. Das sei eine „Politik der kleinen Schritte“.

Das ist dünn. Seit 2011, lange vor dem Einbruch der Ölpreise, ging Weißrusslands Wirtschaftswachstum zurück. 2015 schrumpfte die Wirtschaft um vier Prozent, in diesem Jahr wird sie voraussichtlich um drei Prozent schrumpfen. Mit Russland streitet man wieder einmal über Öl und Gas und droht mit höheren Preisen für den Transit nach Westen. Russlands gelenkte Medien, die auch in Weißrussland gesehen werden, verhöhnern daher gerade Lukaschenka. Der russische Absatzmarkt etwa für weißrussische Traktoren ist eingebrochen. Die mehr als 3000 staatlichen Unternehmen des Landes sind notorisch unproduktiv. Referenten hoben daher hervor, dass das Land kleine und mittlere Unternehmen fördern und Staatsbetriebe privatisieren solle. Das fordert auch der Internationale Währungsfonds, von dem sich Minsk drei Milliarden Dollar Hilfe erhofft.

Doch aus Sicht Lukaschenkas bedeutet Privatisierung Kontrollverlust und damit eine Bedrohung für seine Macht. Der Autokrat ist damit das größte Entwicklungshindernis, was in Minsk wohl jedem klar war, aber aus naheliegenden Gründen nicht thematisiert wurde. Ein Abgeordneter des Minsker Parlaments beklagte zwar den Mangel an Wettbewerbsfähigkeit, sagte aber auch, dass „das Volk“ nicht bereit sei zu Reformen. Er lobte zugleich, dass die Weißrussen trotz hoher Kosten viel in die EU reisten. Das sei ein Wandel von unten, erläuterte er. Es klang wie: Wenn der Wandel von unten kommt, kann oben alles beim Alten bleiben. Das schien ganz im Sinne des CDU-Bundestagsabgeordneten Wellmann. Die EU-Ostpolitik sei weitgehend gescheitert, sagte er auf dem Podium. Es sei verfehlt, „mit unserem Weltverständnis die Welt beglücken“ zu wollen; jetzt sei nicht „transformative Außenpolitik“, sondern „Realpolitik“ gefragt. Der EU-

Vertreter widersprach: Die Ostpolitik sei nicht gescheitert, es gebe nur verschiedene Geschwindigkeiten, jedes Partnerland bestimme seine eigene. Er forderte das Regime zu Fortschritten bei den Menschenrechten auf, mindestens eine Aussetzung der Todesstrafe. Mehr als 400 Todesurteile sollen seit 1990 verhängt worden sein, sie werden durch Erschießungskommandos vollstreckt. Auch bei den Wahlen seien noch „einige Bedingungen“ der OSZE „nicht erfüllt“, fuhr der Brüsseler Beamte fort: ein Euphemismus für Wahlfälschungen.

In die allgemeine Wiedersehensfreude streute die französische Politikwissenschaftlerin Anaïs Marin, die in Warschau über autoritäre postsowjetische Regime forscht, deutliche Worte über Russland, Weißrusslands brüderlichen Verbündeten. Sie sprach mit Blick auf den Abschuss von MH17 und den Krieg in der Ostukraine von „Staatsterrorismus“. Als nächster Schlag sei „Cyberterrorismus“ gegen die EU zu erwarten, insbesondere deren baltische Mitglieder. Weißrussland solle daher „den IT-Fachleuten im eigenen Land Arbeit besorgen, damit Russland sie nicht anwirbt“, forderte Marin. Sie hob hervor, dass es Weißrusslands Staatlichkeit bedrohe, wenn Rechtsextremisten wie die von Russland unterstützte Französin Marine Le Pen in der EU noch mehr Einfluss gewännen: „Je weniger Demokraten in der EU, desto weniger Interesse an einem unabhängigen Weißrussland.“ Die Bedrohung durch die Moskauer Expansionsidee der „russischen Welt“ hat auch Lukaschenka längst erkannt. Er lässt oppositionsnahen Kräften, die sich gegen das Übergewicht des Russischen im Land für weißrussische Kultur und Sprache einsetzen, mehr Freiraum. Zum Forum kam auch Alena Anisim, eine von zwei „nichtsystemischen“ Kandidatinnen, denen im Zuge der Wahlen im September der Einzug ins Parlament gewährt wurde. Sie will sich dort für eine „neue Elite“ einsetzen, welche die Landessprache sprechen soll. Es kam auch Tatjana Karatkewitsch, der als oppositioneller Präsidentschaftskandidatin 2015 fast 4,5 Prozent der Stimmen zugeschrieben wurden. Sie sagte, Foren wie dieses böten eine Gelegenheit zu Diskussion, die Änderungen bringen könnten, doch sei es ein „langer Weg“. Wie lang, erfuhr ein Vorstandsmitglied der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft bei der Ausreise: Mit einem Stempel im Pass wurde ihm verwehrt, neuerlich nach Weißrussland einzureisen. Später hieß es, dabei habe es sich um ein „technisches Versehen“ gehandelt.